DIE LINKE.

AUSGABE 07—08/2017
Spende erbeten!

SAALE-UNSTRUT-ELSTER-KURIER

Herausgeber: Kreisvorstand DIE LINKE.Burgenlandkreis

Sie finden (Auszug):

Aus dem Kreisvorstand	2
Mindestlohn	4
Erkenntnis und Genuss	5
Politische Bildung	6
Kita kostenfrei!	9
Eigene Schulküche	10
Lehrermangel	11
Europa	12
Bildungspolitik	14
Weltflüchtlingstag	15
Termine	16

Impressum

Kreisvorstand
DIE LINKE. Burgenlandkreis,
Vors.Katja Bahlmann

Postfach 1565
06605 Naumburg

Tel: 03445/261233
Fax: 03445/261324

Im Netz unter:
www.dielinke-blk.de

Mail :

kv-blk@dielinke-lsa.de

Spendenkonto:

Bitte teiefonisch erfragen!

Alle namentlich gekennzeichneten Beiträge sind nicht immer Meinung der Redaktion. Redaktionsschluss ist der 20. eines jeweiligen Monats. Zuarbeiten sind bis zum 15. eines jeden Monats bei der Redaktion (Reinhard Weber) abzugeben.

V.i.S.d.P.:
Katja Bahlmann
Kreisvorsitzende

Herzlich willkommen bei der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat ungefähr 4.000 Mitglieder. Unser Landesverband gliedert sich in 14 Stadt- und Kreisverbände. Die Mitglieder der Partei sind in Basisorganisationen oder Ortsverbänden, aber auch in thematischen Arbeits- und Interessengemeinschaften organisiert.
Wir sind mit 16 Abgeordneten drittstärkste Kraft im Landtag von Sachsen-Anhalt. Wir stellen in unserem Bundesland eine Landrätin (Angelika Klein im Landkreis Mansfeld-Südharz) und einen Landrat (Jürgen Dannenberg im Landkreis Wittenberg) sowie einen Oberbürgermeister (Andreas Henke in Halberstadt) und über 40 weitere haupt- und ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Gleichzeitig ist DIE LINKE mit starken Fraktionen in allen Kreistagen aktiv, darüber hinaus in zahlreichen Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräten.
Der Landesvorstand unserer Partei hat seinen Sitz in der Landesgeschäftstelle in Magdeburg, daneben gibt es mit unseren fünf Regionalgeschäftstellen in Stendal, Dessau-Roßlau, Halberstadt, Merseburg und Magdeburg landesweite Anlaufpunkte sowohl für die Mitglieder unserer Partei als auch alle Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Politik der LINKEN interessieren. Selbstverständlich bieten auch die Bürgerbüros unserer 28 Landtags- und fünf Bundestagsabgeordneten in allen Landkreisen gute Möglichkeiten, sich über DIE LINKE in den Parlamenten zu informieren und mit unseren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern über ihre Arbeit ins Gespräch zu kommen.
Die parteinahe Landestiftung der LINKEN in Sachsen-Anhalt ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e. V., die ihren Sitz in Magdeburg hat und zahlreiche Veranstaltungen und Seminare zur politischen Bildung anbietet.
Wir, DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, stehen für einen Richtungswechsel in unserem Land, für mehr demokratische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit, für eine friedliche und nachhaltige Politik. Wir verstehen uns als eine Partei, die sich den Problemen der Menschen zuwendet, die den Kapitalismus nicht für das Ende der Geschichte hält, die Protest und Widerspruch unüberhörbar dort anbringt, wo er nötig ist, und die gleichzeitig darum ringt, für ihre Ideen und Konzepte politisch handlungsfähige Mehrheiten zu gewinnen.
Dafür brauchen wir auch Ihre Unterstützung! Darum freue ich mich, dass Sie den Weg auf unsere Internetseite gefunden haben und möchte Sie einladen zum Mitdiskutieren und Mitmachen.

Andreas Höppner
Landesvorsitzender

Sofortinformation aus dem letzten Kreisvorstand **Katja Bahlmann**

Am 15. Juni 2017 fand in Weißenfels eine Kreisvorstandssitzung statt. Es waren 5 von 8 KV-Mitgliedern sowie Gäste anwesend.

In der Protokollkontrolle informierte die Kreisvorsitzende zur Umsetzung gefasster Beschlüsse - Wahlkampfkonzept Lars Brzyk – noch nicht umgesetzt; Flyer KAG Senioren – fertig, geht zum Druck; Kauf Pavillon – ist bestellt, noch nicht geliefert; Mandatsträgertreffen – hat stattgefunden, nächstes Treffen für November 2017 geplant – vorauss. Termin: 27.11.2017. – das Protokoll wurde bestätigt. TOP 5 wurde von der Tagesordnung genommen – Änderung Delegiertenschlüssel für Kreisparteitage. Die durch Christine Krössmann angeregte Beratung zwischen KT-Fraktion und Kreisvorstand hat nicht stattgefunden, da zur Beratung nur ein KT-Mitglied anwesend war. Gunter Schneider informierte aus dem Kreiswahlbüro; dies wird gleichlaufend zur Beratung der BO-Vorsitzenden am 22.06.2017 wiederholt.

Roland Claus und Kora Brandner informierten über den Bundesparteitag. Kora und Horst Brandner wurde als unsere Delegierten für die Teilnahme gedankt.

Es wurde über den Übergang der Finanzgeschäfte des Kreisverbandes ausführlich durch die Kreisvorsitzende informiert. Alle Finanzangelegenheiten können ab sofort mit Heidrun Becker geregelt werden. Die neue Unterschriftsregelung ist getroffen – unterschriftsberechtigt für das Konto des Kreisverbandes sind Christine Krössmann, Katja Bahlmann, Roland Claus. Es wurde die Anschaffung einer Postcard zur bargeldlosen Beschaffung von Postwertzeichen beschlossen.

Auftragsgemäß hat die Abfrage der beitragssäumigen Mitglieder stattgefunden. Die Beitragssäumigkeit ist zurückgegangen, trotz allem gibt es immer noch Mitglieder, die bisher den Beitrag noch nicht bezahlt haben. Die Mitglieder werden in einem persönlichen Gespräch oder schriftlich noch einmal kontaktiert, um die Angelegenheit zu klären. Für ein Mitglied aus der BO Naumburg wurde am 15.06.2017 durch den Kreisvorstand die Mitgliedschaft als beendet erklärt, da es keine Reaktion auf jegliche Kontaktversuche seitens des Mitglieds gab.

Eine Vertretungsregelung für den Monat Juli wurde beraten und beschlossen. Kay Franke wird die Vertretung für den Kreisvorstand übernehmen. Er wird regelmäßig das Postfach leeren und die E-Mail-Post bearbeiten. Er wird in Naumburg und Zeitz ansprechbar sein.

Dem Antrag von Harald Uske, dem Genossen Franz Ullrich die Homepagevollmacht zu erteilen, wurde stattgegeben. Franz Ullrich wird gemeinsam mit Harald Uske die Homepage betreuen.

Es wurde der Beschluss 03/13032017 aufgehoben, da er in Teilen gegen die Landessatzung verstößt und zwar der Teil der Benennung der BOen in Naumburg, Zeitz, Weißenfels, Hohenmölsen/Lützen und Teuchern. Die Benennung der BOen wird erneut am 24.08.2017 beraten. Die BO-Vorsitzenden dieser Städte werden gebeten, sich mit ihren Mitgliedern einen anderen Namen als den Namen „Stadtverband“-XYZ zugeben…z.B. BO Stadt Weißenfels etc. Erklärung dazu in der BO-Vorsitzendenberatung.

Die Wahl von Petra Hörning als Bürgermeisterkandidatin in der BO Elsteraue wurde wohlwollend zur Kenntnis genommen und es wurde beschlossen, auch sie in ihrem Wahlkampf durch den Kreisverband mit 600 Euro Wahlkampfbudget zu unterstützen.
Es wurde beschlossen, dass der Kreisverband eine Spendensammlung für eine Ehrentafel in Weißenfels - initiiert durch die BO Weißenfels und die Stadtratsfraktion DIE LINKE Weißenfels -sowie die Anschaffung dieser Tafel unterstützt.

Die nächste planmäßige Kreisvorstandssitzung findet am 24.08.2017 in Naumburg statt. Dazu werden die BO-Vorsitzenden mit eingeladen – der Kreisvorstand wünschte sich hier mehr Resonanz aus den BOen.

1. Mandatsträgertreffen DIE LINKE. Burgenlandkreis

Zum 1. Mandatsträgertreffen richtete die Vorsitzende der Kreistagsfraktion DIE LINKE Burgenlandkreis, Christine Krössmann, einige Worte an unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger—Auszug:

Liebe Mandatsträger aus Verbandsgemeinden, Einheitsgemeinden, Stadt– und Ortschaftsräten, liebe Interessierte und Sympathisanten, ich begrüße euch recht herzlich im Namen unserer Fraktion und des Kreisvorstandes zum 1. Mandatsträgertreffen des Kreisverbandes. Ein Gruß geht auch an Swen Knöchel, unseren Fraktionsvorsitzenden im Landtag Sachsen-Anhalt, der das Impulsreferat halten wird.
Endlich ist es gelungen, das schon lange von den BO-Vorsitzenden und der Kreistagsfraktion geforderte Mandatsträgertreffen durchzuführen. Der Zeitpunkt könnte nicht besser sein. Der Bundesparteitag hat seine Ziele klar abgesteckt. Wir sollten helfen, diese Ziele mit unserer Arbeit zu verwirklichen, das Leben aller Menschen lebenswert zu gestalten—geht es darum, Lebensqualität zu verbessern—angefangen im Kindergarten bis hin zum Rentner. Lebensqualität heißt auch Steuerpolitik zu ändern, Hartz IV abzuschaffen, das Rentenniveau wieder anzuheben, Mieten bezahlbar zu machen und das Grundrecht auf Asyl zu verteidigen—um nur einiges zu nennen.

Unser Mandatsträgertreffen sollte in erster Linie der politischen Bildung und dem Austausch von Erfahrungen dienen. Ein gut geschulter und informierter Mandatsträger ist wichtig für die Glaubwürdigkeit linker Positionen und deren Umsetzung in den Räten der Kommunen. Wir dürfen in unseren Räten nicht nur Forderungen stellen, sondern eben auch sagen, wie wir manche Positionen umsetzen wollen. Da sind wir als Linke besonders gefordert, Argumente auszutauschen und Lösungswege aufzuzeigen.
Zum 2. stehen wir vor einem Generationswechsel, junge Mandatsträger übernehmen Verantwortung in den Stadt– und Gemeinderäten oder stellen sich als Bürgermeister zur Wahl auf, ohne oder mit wenig kommunalpolitischer Erfahrung, deshalb ist es aus meiner Sicht auch so wichtig und notwendig, Erfahrungen in der Gestaltung von Prozessen weiterzugeben. Erfahrungsaustausche sind die billigste Investition in die Zukunft. Hier geht es keineswegs um die Bevormundung junger bzw. junggebliebener Mandatsträger. Es geht darum, Bewährtes zu erhalten und Neues in die Prozesse einzubeziehen. Einen weiteren wichtigen Punkt vor Ort sehe ich in der Verbesserung der Kommunikation zwischen den Verantwortungsträgern. Kreisübergreifend gelingt uns das schon ganz gut mit den Regionalberatungen unseres Bundestagsabgeordneten Roland Claus—hier tauschen wir uns mit den Kreisvorständen und Fraktionsvorständen Mansfeld-Südharz und Saalekreis regelmäßig aus—und wir konnten schon Ideen aus diesen Beratungen in der Kreistagsarbeit umsetzen.

Im eigenen Kreis jedoch haben wir Nachholebedarf. Und ich möchte dafür werben, gemeinsam also im Team Aufgaben zu lösen, Alleingänge einzelner Genossen helfen und dabei nicht. Das Gleiche gilt für Gespräche mit den Menschen. Lippenbekenntnisse helfen uns auch nicht. Die Menschen merken sofort, ob wir nur Wasser predigen und Wein trinken. Wir haben in unseren Sprechstunden in Weißenfels viele Menschen am Tisch gehabt, die uns gesagt haben, dass sie die AfD gewählt haben, weil wir nicht mehr glaubwürdig genug waren. Lasst uns diese Menschen zurückholen mit Ehrlichkeit!
Wir müssen wieder besser zuhören, was die Menschen bewegt—besonders Menschen im ländlichen Raum beschweren sich, dass sie nach und nach abgehängt werden. Kultur– und Sozialeinrichtungen werden geschlossen, die Stimme zählt nicht mehr—Ortschaftsräte sind vielfach der „seelische Mülleimer“. Hier haben Mandatsträger eine besondere Verantwortung. Das Kaputtsparen der öffentlichen Haushalte muss aufhören.
Das Zurückfahren von infrastrukturellen Maßnahmen hat wenig Gewinner und viele Verlierer produziert. Wir müssen uns für mehr öffentlich geförderte Beschäftigung stark machen—1-Euro-Jobs gehören abgeschafft—sie sind moderne Sklaverei. Wir dürfen keinen Cent mehr für Niedriglohnarbeit ausgeben—gute Arbeit für ein gutes Leben für Alle—liebe Genossinnen und Genossen—das ist unser Ziel.
Und jetzt erfahren wir von Swen Knöchel, welchen Zusammenhang es gibt zwischen Landeshaushalt und Kommunalhaushalt der Städte und Gemeinden und dazu wünsche ich uns gute Gespräche und umsetzbare Ideen.

Das nächste Mandatsträgertreffen im Kreisverband ist für den 27. November 2017 geplant. Die Einladungen und Bekanntmachungen werden rechtzeitig veröffentlicht. Wir hoffen auf rege Teilnahme an dieser Bildungsveranstaltung des Kreisverbandes.

Auswertung der Kleinen Anfrage »Der deutsche Mindestlohn gemessen an der Niedriglohnschwelle und im internationalen Vergleich«

Von Klaus Ernst

In Deutschland liegt der gesetzliche Mindestlohn mit 8,84 Euro weit unter der Niedriglohnschwelle von 10,50 Euro. Nach dem international anerkannten Verfahren der nationalen statistischen Ämter und des europäischen Amts für Statistik (Eurostat) ist ein Niedriglohn dann gegeben, wenn der Bruttostundenverdienst zwei Drittel oder weniger des nationalen Medianverdienstes beträgt. Der Medianverdienst ist jener Bruttostundenverdienst, welcher die Arbeitnehmer/innen in zwei gleich große Gruppen einteilt. Die eine Hälfte verdient weniger und die andere Hälfte mehr als den Medianverdienst. Der Bruttostundenverdienst bezieht sich auf Löhne und Gehälter, die Arbeitnehmer/innen in Voll- und Teilzeit, vor Abzug von Steuern und Sozialabgaben, pro Stunde verdienen.

Die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland ist demnach ungeeignet, Beschäftigten dazu zu verhelfen, aus dem Niedriglohnsektor herauszuwachsen und den Niedriglohnsektor selbst einzudämmen. Der Niedriglohnsektor ist – wiederum an der Niedriglohnschwelle gemessen – in Deutschland besonders hoch. So beträgt der Anteil von Niedriglohnempfängern an den Beschäftigten 22,5 Prozent. In einem Land mit vergleichbarem Entwicklungsstand wie Frankreich, das zugleich wichtigster Handelspartner Deutschlands im Euroraum ist, beträgt der Anteil von Niedriglohnempfängern lediglich 8,8 Prozent. In Frankreich aber ist der gesetzliche Mindestlohn gemessen an der Niedriglohnschwelle auch deutlich höher als in Deutschland. Er liegt mit 9,76 Euro praktisch gleichauf mit der für Frankreich geltenden Niedriglohnschwelle von 10 Euro. Auch in anderen vergleichbaren Industrieländern innerhalb und außerhalb des Euroraums liegt der Anteil von Niedriglohnempfängern deutlich unter dem in Deutschland. Das zeigt auch der Durchschnitt für den Euroraum. Dort liegt der Anteil von Niedriglohnempfängern bei 15,9 Prozent. Und selbst die EU insgesamt weist bessere Werte auf. Ist im Euroraum und der EU rund jede/r sechste Arbeitnehmer/in im Niedriglohnsektor beschäftigt, ist es in Deutschland jede/r vierte. In Belgien ist es gar nur jede/r 26ste. Auch in Finnland (5,3 Prozent), Italien (9,4 Prozent), Österreich (14,8 Prozent) und selbst in Portugal (12,3 Prozent) ist der Niedriglohnsektor weniger bestimmend als in Deutschland.

“Die Höhe des Mindestlohns ist im Vergleich zu ähnlichen Staaten Europas deutlich zu gering. In Deutschland liegt der Mindestlohn mit 8,84 Euro um 1,66 Euro unter der Niedriglohnschwelle von 10,50 Euro - im Gegensatz zum Beispiel zu Frankreich. Dort entspricht der Mindestlohn von 9,76 Euro ungefähr dem Niedriglohnschwellenwert von 10 Euro. Es ist nicht hinnehmbar, dass Deutschland auch bei der Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Niedriglohn beschäftigt sind, mit 22,5 Prozent einen Spitzenplatz einnimmt. Deutschland betreibt Lohndumping in Europa. Während im Euroraum und der EU durchschnittlich jeder sechste im Niedriglohnsektor arbeitet, ist es in Deutschland jeder vierte”, kommentiert Klaus Ernst die Antwort der Bundesregierung: “Der Mindestlohn in Deutschland ist seit seiner Einführung mit 8,50 Euro deutlich zu niedrig und führt im Ergebnis zu dem hohen Anteil der Niedriglöhner. Wichtige Handelspartner

werden durch den deutschen Niedriglohnsektor massiv unter Druck gesetzt. DIE LINKE fordert eine weitere Vorweganhebung des Mindestlohns auf 12 Euro - danach kann durchaus eine Mindestlohn-Kommission über die weitere Anpassung des Mindestlohns entscheiden."

Ergebnisse im Einzelnen

- In Deutschland liegt der gesetzliche Mindestlohn mit 8,84 Euro weit unter der zuletzt 2014 festgestellten Niedriglohnschwelle von 10,50 Euro. Gleichzeitig ist in Deutschland der Anteil von Niedriglohnempfängern mit 22,5 Prozent besonders hoch. Zum Vergleich: In Frankreich ist der Anteil der Niedriglohnempfänger mit 8,8 Prozent wesentlich geringer als in Deutschland.
- In Deutschland liegt der Mindestlohn mit 8,84 Euro um 1,66 Euro unter dem Niedriglohnschwellenwert von 10,50 Euro. In Frankreich entspricht der Mindestlohn mit 9,76 Euro praktisch exakt dem Niedriglohnschwellenwert von 10 Euro. Die Bundesregierung versäumt es in ihrer Antwort, den gesetzlichen Mindestlohn pro Stunde zu nennen, obwohl ihr bekannt ist, dass „Deutschland, Irland, Frankreich, Malta und das Vereinigte Königreich Mindestlöhne auf Stundenbasis haben." (vgl. Antwort auf Frage Nr. 4) Dafür, dass der Abstand von Mindestlohn und Niedriglohnschwelle eine tragende Bedeutung für die Größe des Niedriglohnsektors hat, spricht neben dem Vergleich Deutschland/ Frankreich auch der mit Irland: In Irland ist der Niedriglohnsektor mit einem Anteil von Niedriglohnempfängern von 21,6 Prozent ähnlich hoch ausgeprägt wie in Deutschland. In Irland ist auch die Differenz zwischen Mindestlohn (9,25 Euro) und Niedriglohnschwelle (13,4 Euro) besonders negativ: -4,15 Euro.

„Der gesetzliche Mindestlohn steht in keinem inhaltlichen Zusammenhang mit der Niedriglohnschwelle, sondern dient dazu, Beschäftigte vor Dumpinglöhnen zu schützen." (vgl. Vorbemerkung der Bundesregierung). Nach allgemeinem Verständnis sind Dumpinglöhne aber Löhne, die weit unter denen liegen, die üblicherweise gezahlt werden und nicht ausreichen. Das misst schließlich auch die Niedriglohnschwelle. Die Bundesregierung selbst hält hierzu fest, dass die Niedriglohnschwelle dazu dient, eine solche „Lohnspreizung" festzustellen. Die Niedriglohnschwelle und der Anteil der Beschäftigten mit einem Bruttostundenlohn unterhalb dieses Schwellenwertes (Niedriglohnquote) sind statistische Verteilungskennziffern für die Lohnspreizung." (vgl. Vorbemerkung der Bundesregierung)

Erkenntnis und Genuss

Zum Parlamentarischen Weinforum lud der Bundestagsabgeordnete und haushaltspolitische Sprecher Roland Claus am Abend des 30. Mai 2017 in die Landesvertretung von Sachsen-Anhalt ein.

Das Parlamentarische Weinforum ist ein fraktionsübergreifender Zusammenschluss von weinbaupolitischen Sprechern des Deutschen Bundestages. Zurzeit setzt sich das Weinforum aus den vier Abgeordneten Kodula Kovac (CDU), Roland Claus (Linke), Gustav Herzog (SPD) und Markus Tressel (Grüne) zusammen. Peter Bleser unterstützt als Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft das Parlamentarische Weinforum.

Ziel des Weinforums ist es, Bekanntheitsgrad und Vorzüge des deutschen Weins im Bundestag, in den Ministerien, in den Botschaften und im allgemeinen parlamentarischen Umfeld erheblich zu erhöhen.

Roland Claus, vertritt die beiden ostdeutschen Weinbauregionen Saale-Unstrut in Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie Meißen an der Elbe.

Im Zuge der Weinverkostung, die durch die Weingüter Zahn, Herzer, Beyer, die Weinmanufaktur Alte Zuckerfabrik, die Winzervereinigung Freyburg, Weinhof Winter, das Landesweingut Kloster Pforta und das Weingut Born durchgeführt worden ist, erhielten die Gäste interessante Informationen über die Züchtung von resistenten Rebsorten, den Wein und die Weingüter.

Zu den Gästen des Abends gehörten u.a. Peter Bleser, der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Schneider, als Gastgeber und Hausherr der Landesvertretung Sachsen-Anhalt sowie zahlreiche Abgeordnete des Deutschen Bundestages.

Vor 85 Jahren setzte die Götterdämmerung der Weimarer Republik ein

Nach dem Untergang der Hohenzollernmonarchie infolge der Novemberrevolution entstand mit der 1919 gegründeten Weimarer Republik der erste bürgerlich-demokratische deutsche Staat, das bis dahin fortgeschrittenste politische System in Deutschland. Belastet mit den Folgen des vom deutschen Imperialismus verlorenen Ersten Weltkrieges und nach wenigen Jahren einer relativen Stabilisierung des kapitalistischen Systems und einem kurzen Aufschwung („goldene Zwanziger“) stürzte das deutsche Volk in eine sich rasch vertiefende Krise. Ab 1929 wurde Deutschland ganz besonders schwer von der von den USA ausgegangenen Weltwirtschaftskrise betroffen. Im Sommer 1932 kam es zu einem Rekord von sechs Millionen Arbeitslosen und zu verheerenden Auswirkungen auf weitere Millionen von Menschen.

Die bei der Gründung der Weimarer Republik maßgebenden Parteien—die Sozialdemokraten und die Parteien der bürgerlichen Mitte—verloren ihren Masseneinfluss. An den Flügeln wuschen KPD und NSDAP. Anlässlich der Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 warnte die KPD: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“

„Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“

Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 erhielten die KPD 14,6%, die SPD 21,6%, die Zentrumspartei 15,7%, die Deutschnationale Volkspartei 5,9% und die NSDAP 37,4% der Wählerstimmen. Unter Führung Hermann Görings zogen in Braunhemden 230 Abgeordnete in den Deutschen Reichstag ein. Erstmals ging mehr als jede dritte Stimme an die Nazipartei, die allen alles versprach. Der Populismus erlebte einen ersten Höhepunkt. Von einer absoluten Mehrheit war man aber noch weit entfernt. Als äußerst schwierig erwies sich die nachfolgende Regierungsbildung. Am 13. August 1932 verhandelten Reichspräsident von Hindenburg, Franz von Papen und Kurt von Schleicher mit Hitler über eine Nazibeteiligung an der Regierung. Die Verhandlungen scheiterten an der Forderung Hitlers nach dem Posten des Reichkanzlers. Noch war Hindenburg nicht bereit, den einstigen Weltkriegsgefreiten Adolf Hitler zum Kanzler zu machen. Nun bildete Franz von Papen eine Regierung, zu der Hitlers NSDAP in Opposition ging.

Am 30. August 1932 eröffnete Clara Zetkin als Alterspräsidentin den Reichstag. Sie forderte die Einheit aller Werktätigen im Kampf gegen die Faschisten und erklärte, vor dieser geschichtlichen Notwendigkeit müssten alle politischen, gewerkschaftlichen und weltanschaulichen Differenzen zurücktreten.

Im Herbst 1932 erschütterte eine Streikwelle ganz Deutschland. Gegen die Notverordnung vom 4. September fanden rund 1.100 Streiks in allen Landesteilen statt. Von den Streiks wurden besonders Klein– und Mittelbetriebe der Metall-, Textil – und Bauindustrie betroffen, weniger gelang das in Großbetrieben. Die Arbeiter und Angestellten wandten sich gegen den Lohnabbau. Kampfformen waren die Wahl von Verhandlungskommissionen, Demonstrationen vor den Direktionsgebäuden, Proteststreiks, unbefristete Streiks. Höhepunkte bildeten die Streiks der 8.000 Arbeiter der Hamburger Hochbahn AG vom 1. bis 4. Oktober und der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter (BVG-Streik) vom 3. bis 7. November 1932.

Nach vorgezogenen Reichstagswahlen am 6. November 1932, bei denen die NSDAP über zwei Millionen Wählerstimmen einbüßte, und der Bilung einer Regierung unter General von Schleicher am 3. Dezember 1932, die Ernst Thälmann als ein „Übergangskabinett, als ein Platzhalterkabinett zur Vorbereitung der Hitlerkoalition bzw. Hitlerregierung“ kennzeichnete, gipfelte die Krise der Weimarer Republik am 30. Januar 1933 in der Machtübergabe an Hitler. Das Unheil nahm seinen Lauf.

Produktivkräfteentwicklung, Industrierevolution und die Zukunft der Gesellschaft Politische Bildung, Teil 42a

Von Winfried Steffen

Wenn es einen Schöpfer des Menschen gab, dann ist es die Arbeit gewesen. Zielgerichtete Tätigkeit, um Bedürfnisse zu befriedigen—das ist ein Wesensmerkmal des Menschen.

Produktivkräfte sind die Arbeitsmittel und die Menschen mit ihren Produktionserfahrungen und Arbeitsfertigkeiten, die diese Produktionsmittel zur Erzeugung materieller Güter verwenden: Die Produktivkräfte der Gesellschaft bringen das Verhältnis des Menschen zur Natur zum Ausdruck. Ohne Natur kann es keine Gesellschaft geben; sie ist vielmehr ein Produkt der Natur, aus ihr hervorgegangen. Das Einwirken der Produktivkräfte auf die Natur hat dieselbe grundlegend verändert. Mit fortschreitender Produktivkräfteentwicklung bei deutlich zunehmender Anzahl der Bewohner unseres Planeten wuchsen das Tempo von dessen weiterer Umgestaltung, aber auch der Bedarf an Energie und Naturressourcen, die grundsätzlich begrenzt sind, bei sich objektiv vollziehendem Klimawandel.

Die Entwicklung der Produktivkräfte bewirkte vom Ende des 18. Jahrhunderts an—von England ausgehend – auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse einen rapiden Wandel in der Produktionstechnik und zog grundlegende Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nach sich. Dafür hat sich ab 1884 im wissenschaftlichen Sprachgebrauch der Begriff „Industrielle Revolution“ eingebürgert. Damit bezeichnet man die Phase rascher technischer, wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen durch die sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts die meisten kontinentaleuropäischen Staaten, die USA und Japan aus Agrargesellschaften in Industriegesellschaften umwandelten.

Voraussetzungen dafür waren 1. die Erfindung neuer Produktionsverfahren und Maschinen, insbesondere der Dampfmaschine, neue Spinn– und Webmaschinen sowie neue Verfahren zur Eisen– und Stahlgewinnung, die den Übergang vom Verlags– und Manufaktursystem zur Fabrik ermöglichten oder erzwangen, 2. die Verfügbarkeit von freiem Kapital, das aus dem Handel stammte und den Anstoß zur wirtschaftlichen Ausnutzung der neuen Technologie gab, und 3. das Vorhandensein einer industriellen Reservearmee, der Befreiung der Bauern von der feudalen Abhängigkeit, die Entstehung eines ländlichen Proletariats und eine Bevölkerungsvermehrung, die die Menschen in die wachsenden Industriestädte drängte, da sie von der Landwirtschaft nicht mehr leben konnten (der doppelt freie Lohnarbeiter: frei von Besitz an Produktionsmitteln und persönlich frei von Leibeigenschaft). Diese Phase der Industrialisierung ist eng verbunden mit dem Durchbruch der kapitalistischen Produktionsweise. In dieser Entwicklungsphase der Zivilgesellschaft wies die Erdbevölkerung ca. eine Milliarde Menschen auf. Ressourcen und Energiequellen standen für den aktuellen Bedarf unbegrenzt zur Verfügung. Deren Nutzen hing vom Entwicklungsniveau der Technik ab und wirkte sich vorerst nur regional beispielsweise durch Abholzen von Wäldern aus. Ökonomisches Wachstum konnte aus ökologischer Sicht risikolos gefördert werden. Es hing wesentlich von der Möglichkeit der Kapitalakkumulation ab. Diese Phase der sozialen Entwicklung führte zur Formierung der Arbeiterbewegung in Gestalt von Gewerkschaften und politischen Parteien.

Eine zweie industrielle Revolution entfaltete sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ihre Kennzeichen sind die Automation—Produktionsablauf nach einem vom Menschen entworfenen Programm in der Fertigungstechnik sowie in Energie-, Verfahrens–, Förder-, Nachrichten– und Verkehrstechnik—, die Entwicklung der Kernenergie und die elektronische Datenverarbeitung. Durch die Automation wurde in vielen Produktionsbereichen die schwere körperliche Arbeit ersetzt oder stark zurückgedrängt. Es entfaltete sich ein zunehmender Bedarf an intelligenzintensiven Tätigkeiten. Die dadurch mögliche Massenproduktion von Lebensmitteln und Konsumgütern führte namentlich in den hochentwickelten Ländern zum Anstieg des Lebensstandards großer Bevölkerungsteile.

Die Kehrseite waren der große Bedarf an Naturressourcen und Energie und die einsetzenden Belastungen der Umwelt in Großflächenumfang. Bereits 1972 verwies der 1972 gegründete Club of Rome auf die ökologisch bedingten Grenzen des Wachstums für die moderne Industriegesellschaft. Die mit der Automation veränderte Arbeiterklasse (Arbeiter und Angestellte) erfuhr eine soziale Schichtung. Unter diesen Bedingungen setzte ein Abflauen der vorherigen massiven Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Angestellten einerseits und den Unternehmern andererseits ein und schwächte das Aktionsspektrum der Arbeiterbewegung. Arbeiterparteien und Gewerkschaften) in den kapitalistischen Ländern. Das Unvermögen des Staatssozialis-

mus, diese Prozesse sinnvoll zu steuern—auch mit verursacht durch den Kalten Krieg - , stellte eine Ursache ihres Scheiterns dar.

Mit dem Ende des Kalten Krieges kam die dritte Etappe der industriellen Revolution voll zur Entfaltung. Ihre Hauptmerkmale bestehen in der Globalisierung und der Entfaltung der Informationsgesellschaft. Globalisierung beinhaltet weltweite wirtschaftliche Verflechtungen und Abhängigkeiten.

Informationsgesellschaft bedeutet, dass jedwedes Geschehen auf dem Planeten an jedem beliebigen Ort erfassbar ist. Jedes beliebige Ereignis kann beispielsweise durch das Fernsehen an jeden Ort vermittelt werden. Neue Erkenntnisse können rasch allgemein zugänglich gemacht werden. Mit der Entwicklung der Computertechnik ist ein regelrechter Krieg um Informationen eingeleitet worden. Über Totalüberwachung der Menschen (der gläserne Mensch), Datenmissbrauch und möglichen Cyberkrieg informieren Stefan Aust und Thomas Ammann in ihrem 2014 erschienen Buch „Digitale Diktatur“-1) Mit dem raschen Voranschreiten des Nutzens—und nicht selten auch des Missbrauchs—der Informationstechnik wird die herkömmliche lebendige Kommunikation der Menschen belastet. Die Einführung von dafür erforderlichen Rechtsnormen hält damit nicht Schritt, so dass Grauzonen für kriminellen Missbrauch ausgenutzt werden können. Wachsende Produktivität und Anwachsen der Massenproduktion von Lebensmitteln und Konsumgütern erfolgen zu Lasten des übermäßigen Verbrauchs von Naturressourcen und Energie. In dieser Phase der Produktivkräfteentwicklung werden mehr Ressourcen verbraucht als erneuerbar sind. Der wachsende Verbrauch von fossilen Rohstoffen belastet zunehmend die Umwelt und trägt wesentlich zum Klimawandel bei, in bedrohlichem Maß bereits gegenwärtig in weiten Regionen des Planeten und für Millionen Menschen, vor allem in Afrika und Asien, spürbar.

Die dritte Etappe der industriellen Revolution vollzieht sich unter den Bedingungen des von den Großkonzernen und dem Finanzkapital durchgesetzten Konzepts des Neoliberalismus. Endzweck dieses Konzepts ist die Rendite, dem alle andere untergeordnet ist. Dieses Konzept wurde möglich nach dem Wegbrechen des Realsozialismus, der gegenüber dem kapitalistischen Wirtschafts– und Gesellschaftssystem eine soziale Alternative bot. Dadurch vergrößert sich stetig die Schere zwischen Reichen und Armen wie auch der Entwicklungsstand zwischen Norden und Süden. Neoliberalismus beinhaltet auch Wirtschaftsentwicklung der hochentwickelten Länder zu Lasten der so genannten Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Zu den wesentlichen Begleiterscheinungen des Neoliberalismus gehört der faktische Verzicht auf das Primat der Politik. Dadurch wird das bürgerlich-parlamentarische Herrschaftssystem in seinen Grundfesten erschüttert. Die bürgerliche Demokratie wird ausgehöhlt, der bürgerlich-demokratische Parlamentarismus wird zunehmend für große Teile der Gesellschaft unglaubwürdig. Das politische Parteiensystem wird angesichts der fortgesetzten Umverteilung des Reichtums von unten nach oben durch sich ausdehnende Politik– und Politikerverdrossenheit geschwächt. Nachdem sich zeigte, dass die Opposition von linken Kräften es nicht vermochte, den Vormarsch von Großkonzernen und Finanzkapital wirksam zu beeinträchtigen, haben sich am rechten Rand der Zivilgesellschaft Rechtsextremisten, Nationalisten, bis hin zu Neofaschisten in Gestalt politischer Bewegungen wie Pegida und politische Parteien wie die AfD in Deutschland, FN in Frankreich und auch in den meisten Mitgliedsländern der Europäischen Union formiert und sind—teils mit starken Fraktionen—in Parlamente eingezogen. Angesichts der begonnenen Spaltung der Zivilgesellschaft ist der Zusammenschluss aller demokratischen Kräfte zur Verteidigung und Sicherung der bürgerlichen Demokratie dringend geboten.

(Schlussteil folgt in der nächsten Ausgabe)

Das Interview ist zu lesen in Ausgabe Nr: 42—Klar!

Kita kostenfrei - Unser Weg zu mehr Qualität in der Kinderbetreuung und zur Beitragsfreiheit für Eltern

Anlässlich des Internationalen Kindertags am 1. Juni stellte die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt ihren Entwurf für ein neues Kinderförderungsgesetz (KiFöG) vor.

Warum ein neues KiFöG?
Die Fraktion DIE LINKE will **gute Startchancen für alle Kinder unabhängig von Herkunft und Status der Eltern.** Das bedeutet für uns mehr Qualität in den Kindertageseinrichtungen und ein kostenfreies Bildungsangebot. Dass seit einigen Jahren die **Elternbeiträge** in den Kindertagesstätten in enorme Höhen steigen, sehen wir vor diesem Hintergrund als eine **Fehlentwicklung**, die umgekehrt werden muss.

Warum legen wir noch vor der Landesregierung einen eigenen Entwurf vor?
Die bisherige intransparente Finanzierung der Kindertageseinrichtungen wurde vom Landesverfassungsgericht verworfen und eine Änderung des KiFöG spätestens zum 01.01.2018 gefordert. **Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE bereits seit Sommer 2016 an einer Lösung gearbeitet und ihren Entwurf nun rechtzeitig vorgelegt.** Die Regierungskoalition wird den Auftrag dagegen nicht erfüllen. Sie hat angekündigt, ihre Änderungen erst nach der Bundestagswahl, also frühestens im Oktober 2017, auf den Tisch zu legen und die Öffentlichkeit bis dahin über ihre Pläne im Unklaren zu lassen.

Was leistet das neue KiFöG der Fraktion DIE LINKE?
Die Zeit seit der Einführung des aktuellen KiFöG im Jahr 2013 ist von ständig steigenden Kosten für Eltern und Gemeinden und einem anhaltenden Streit zwischen dem Land, den Landkreisen und den Gemeinden über Zuständigkeiten und Kompetenzen geprägt. Deshalb schlagen wir vor, die **gesamte Verantwortung einschließlich aller Zahlungsfragen für die Kindertageseinrichtungen komplett in die Hand der Landkreise** zu legen. Außerdem soll die bisherige pauschale Zuweisung von Landesmitteln durch eine direkte Personalkostenförderung ersetzt und somit eine **transparente und nachprüfbare Finanzierung** geschaffen werden. Die Änderung des Finanzierungssystems ist auch die **entscheidende Voraussetzung, um Elternbeiträge** seitens des Landes **schrittweise bis zur völligen Beitragsfreiheit abzusenken.** Dieses Ziel wollen wir **bis 2022** erreichen.
Unser Gesetzentwurf gewährleistet zudem **gleiche und faire Bedingungen für alle öffentlichen und privaten Träger** von Kindertageseinrichtungen.

NETZWERK GEGEN KINDERARMUT

Was soll sich für die Eltern, Kinder und Erzieherinnen konkret verbessern?

- Die **Elternbeiträge** werden ab 2018 in fünf Schritten **abgesenkt und 2022 abgeschafft.**
- Die Zahl der **Erzieherinnen** wird ab 2018 bis 2022 in fünf Schritten um insgesamt 20% **erhöht**, um der Arbeit mit dem Bildungsprogramm mehr Zeit einzuräumen. Die **Qualität der Arbeit in den Einrichtungen** soll sich zudem durch kleinere Gruppen und mehr vorschulische Bildung der Kinder **verbessern**.
- Den **Leitungen der Einrichtungen** wird **verbindliche Zeit zur Verfügung** gestellt, u.a. **für die konzeptionelle Arbeit und pädagogische Beratung.**
- Die **Reduzierung der Elternbeiträge** bei mehreren Kindern in Kindertageseinrichtungen wird **auf die Hortkinder ausgeweitet.**

Die **Eltern zahlen nur das Essen selbst**, d.h. sie werden bei der Verpflegung der Kinder von sogenannten „Küchennebenleistungen“ (Bereitstellungskosten) entlastet.

Was kostet unser Gesetzentwurf und wie wollen wir das finanzieren?
Wir gehen davon aus, dass sich mit unserem Gesetz bis 2022 die Zuweisungen des Landes schrittweise etwas mehr als verdoppeln. Auf das Niveau des Jahres 2016 bezogen wäre statt der ausgereichten ca. 275 Mio. € **nach Hochrechnun-**

gen mit etwa 585 Mio. € zu rechnen gewesen. Zur **Finanzierung** wollen wir **die günstigen Steuereinnahmen heranziehen**, die Luft für Beitragsfreiheit und eine bessere Kinderbetreuung schaffen:

Mehreinnahmen bis 2021 durch Mai-Steuerschätzung:

- **918 Mio.** Euro ggü. Nov-Steuerschätzung
- **467 Mio.** Euro ggü. Mittelfristiger Finanzplanung MF

Mehreinnahmen jährlich ab 2020 durch neuen Bund-Länder-Finanzausgleich

- **450 Mio.** Euro mehr brutto (abzgl. Redukt. Entflechtungsmittel, GVFG, SoBEZ Hartz IV)
- **120 Mio.** Euro mehr netto

Mehreinnahmen jährlich ab 2017 durch Auszahlung Betreuungsgeld

- **rund 20 Mio.** Euro (sicher bis 2018, Anschlussregelung möglich)

Unterstützung durch ein zu vereinbarendes **Bund-Länder-Programm zur Verbesserung der Qualität und zur Sicherung kostenfreier Bildung in Kindertageseinrichtungen** Statt wie CDU und FDP immer wieder reflexartig Steuersenkungen zu fordern, wenn einmal etwas Geld in den öffentlichen Kassen zur Verfügung steht, würden **beitragsfreie Kita-Plätze tatsächlich eine spürbare Entlastung für viele Eltern** bringen. Bundesweit wird seit Jahren über beitragsfreie Kinderbetreuung debattiert. Das **Geld ist da**. Die Zeiten waren nie besser, nun endlich einen großen Wurf für eine bessere und beitragsfreie Kinderbetreuung zu machen.

Gesund, frisch, regional – zurück zur eigenen Schulküche

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich in der kommenden Landtagssitzung für eine Erweiterung des Schulobst- und Schulmilchprogramms der EU ein und fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, ein Förderprogramm zur Eigenversorgung in den Schulen, sprich für eigene Schulküchen, aufzulegen. Dazu erklärt der landwirtschaftspolitische Sprecher Andreas Höppner:

„Die Rückkehr zur eigenen Schulküche soll freiwillig sein. Mit unserem Vorschlag für ein Förderprogramm wollen wir dafür die nötigen Anreize schaffen. Dabei soll vor allem auf Standards wie frische regionale Produkte, ausgewogene und kindgerechte Ernährung, Bio-Essen aber auch auf unterschiedliche Essgewohnheiten aufgrund von religiöser Zugehörigkeit geachtet werden.

Hintergrund ist, dass immer mehr Eltern unzufrieden mit der Essensversorgung in den Schulen sind: Zumeist von Caterern geliefert, wird das Essen schon früh am Morgen zubereitet und oft aus Produkten, die in nicht nachhaltigen Verpackungen lange Wege um den Globus hinter sich haben. Geschmack und Nährwert bleiben dabei auf der Strecke. Auch Schülerinnen und Schüler sind unzufrieden und suchen sich Alternativmöglichkeiten, sei es der Bäcker oder der Supermarkt um die Ecke.

Die Fraktion DIE LINKE hält das aus gesundheitlicher und ernährungsphysiologischer Sicht für falsch. Seit vielen Jahren befürworten wir das EU-Schulobst- und Schulmilchprogramm. Kinder an das Thema gesunde Ernährung heranzuführen und dabei regionale Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen, halten wir für einen gelungenen Ansatz. Aber weder ist dieses Programm finanziell genügend ausgestattet, noch erreicht es den Großteil der Kinder, geschweige denn die höheren Klassen.“

Das Schulsystem bevorzugt Kinder aus wohlhabenden Haushalten, Kindern aus armen Familien raubt es Zukunftschancen.

Lehrer in Sachsen-Anhalt sind keine „faulen Säcke“

Zu den Forderungen von Finanzminister Schröder, die Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt sollten effizienter eingesetzt werden und mehr unterrichten, erklärt der bildungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Thomas Lippmann:

„Ganz im Stil seines Namensvetters Gerhard Schröder hat Finanzminister André Schröder mal wieder ausgeholt und gegen die Arbeitszeit der Lehrkräfte gekeult. Es ist schlicht eine Missachtung der enormen Leistungen der Lehrkräfte in unserem Land, wenn immer wieder nach einer Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung und nach mehr Belastungen durch immer größere Klassen gerufen wird, nur um nicht ausreichend neues Personal einstellen zu müssen.

Die Pädagogen mussten schon in den letzten Jahrzehnten immer häufiger bis an die Grenzen der physischen und psychischen Belastbarkeit gehen, weil der Personalmangel ebenso gestiegen ist wie das Durchschnittsalter der Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeiter*innen. Wer so geringschätzig mit seinen Beschäftigten umgeht, muss sich über deren Frust, aber auch über die zunehmende Resignation und fehlende Motivation nicht wundern.

Die angeblich zu geringe Arbeitsleistung wird von Minister Schröder mit Zahlen aus einer bundesweiten Statistik begründet, die die Realität nicht wiedergeben. Herr Schröder sollte wissen, dass hierbei mehrere statistische Sondereffekte eine erhebliche Rolle spielen, die die Zahl der erteilten Wochenstunden je Lehrkraft um einiges niedriger erscheinen lassen, als sie tatsächlich ist und die auch den bundesweiten Vergleich verzerren. Wichtigster Faktor ist die in Sachsen-Anhalt sehr hohe Zahl von Lehrkräften (mehr als 1.000), die sich noch in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befinden. Diese werden bei den Lehrkräften mit erfasst, erbringen aber keinerlei Arbeitsleistung mehr und drücken somit den Durchschnitt um fast eine ganze Stunde. Außerdem stammen die Zahlen aus dem Jahr 2011 und sind völlig veraltet.

Statt über die Arbeitszeit der Lehrkräfte zu schwadronieren und sich mit dem Aufwuchs von 250 Lehrkräften zu brüsten, der in den Schulen nie angekommen ist, sollte sich Herr Schröder umgehend darum kümmern, endlich die Personalmittel für die 370 Lehrkräfte freizugeben, die zum neuen Schuljahr eingestellt werden sollen, aber derzeit nicht eingestellt werden können, weil der Finanzminister auf dem Geld sitzt. Wenn hier noch weitere Wochen ins Land gehen, braucht man die Freigebe nicht mehr, dann sind die Leute wieder einmal in andere Länder abgewandert und unsere Schüler werden noch mehr im Regen stehen gelassen.“

Hochschulen dauerhaft gemeinsam finanzieren

Zur Initiative der Wissenschaftsminister von Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, mit einer gemeinsamen Position in die Neuverhandlung des Hochschulpakts zwischen Bund und Ländern zu gehen, erklärt der hochschulpolitische Sprecher Hendrik Lange:

„Die LINKE begrüßt die Initiative der ostdeutschen Wissenschaftsminister. Insbesondere eine Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung muss endlich zum Regelfall werden. Die Länder sind allerdings aufgefordert, sich nicht aus der Finanzierung zurückzuziehen, damit tatsächliche Verbesserungen im Wissenschaftssystem erreicht werden.

Auf Bundesebene muss umgesteuert werden, damit die programmorientierte befristete Förderung durch eine dauerhafte Mitfinanzierung abgelöst wird. Die Hochschulen können dadurch befristete Stellen in unbefristete Stellen umwandeln und somit prekären Arbeitsbedingungen ein Ende setzen. Daueraufgaben in Forschung und Lehre müssen endlich durch Personen auf Dauerstellen erledigt werden.

Dabei darf der freie Zugang zu den Hochschulen nicht aus dem Blick geraten. Damit die steigende Nachfrage nach Studienplätzen mit hohem Qualitätsanspruch befriedigt werden kann, braucht es mehr Geld im System.

Zudem schließt sich DIE LINKE der Forderung des Studentenwerks nach einem Hochschulsozialpakt zwischen Bund und Ländern an. Auch in Sachsen-Anhalt braucht es ein Wohnheimsanierungsprogramm mit Bundesunterstützung, um steigenden Mieten eine soziale Wohnraumversorgung entgegenzusetzen.“

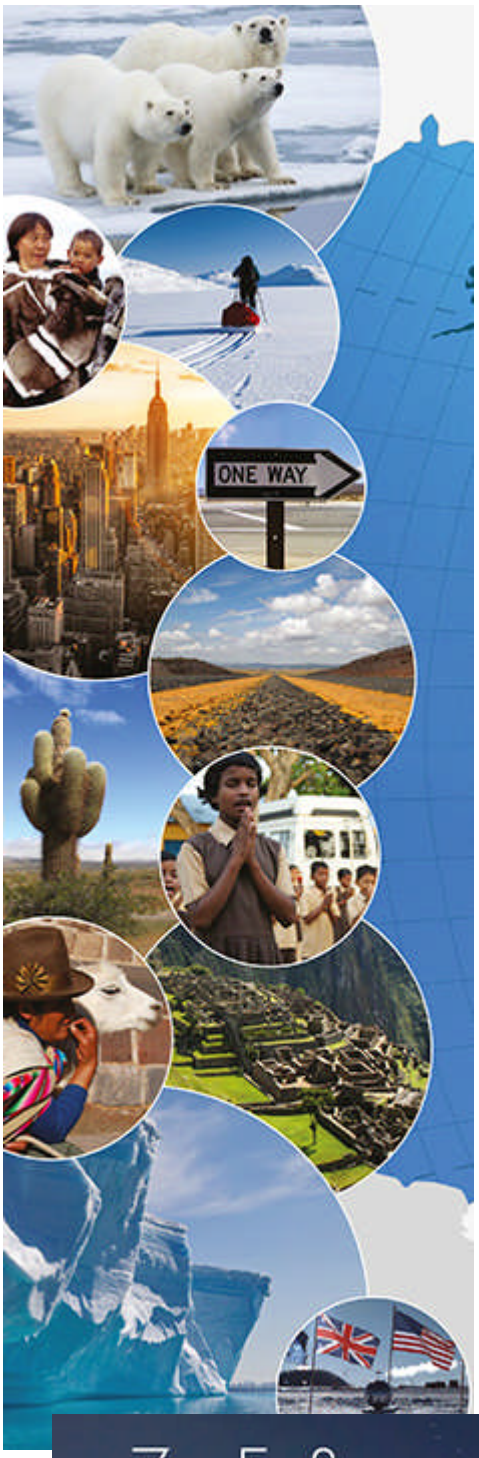
Eurogruppe: Isch never over

Der Europaabgeordnete der Linken im Europaparlament, Fabio De Masi, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) sowie der Financial Assistance Working Group des Europäischen Parlaments kommentiert das Treffen der Eurogruppe zu Griechenland:
Fabio De Masi

(c) European Union 2017

„Die Eurogruppe verkommt zu einer Truppe überbezahlter Laienschauspieler und Schäuble führt Regie. Die Finanzminister haben heute endlich der Auszahlung der nächsten Tranche an Griechenland zugestimmt. Aber eine Umschuldung soll es nicht vor der Bundestagswahl geben, damit Schäuble nicht den Konkursverwalter seiner vermeintlichen Rettungspakete spielen muss. Gleichwohl werden die Auswirkungen der jüngsten Kürzungsmaßnahmen möglichst eng am griechischen Wahltermin liegen.
Die Rettungsmilliarden für Griechenland flossen zu über 90 Prozent in den Schuldendienst. Es ist absurd, einer überschuldeten Volkswirtschaft neue Kredite zur Ablösung alter Schulden aufzupressen und zugleich über die Kürzungsdiktate dafür zu sorgen, dass kein hinreichendes Einkommen erwirtschaftet wird.
Griechenland rutschte gerade erneut in die Rezession und mit jedem neuen 'Rettungspaket' wird sie verlängert. Es gibt keinen ökonomischen Indikator, der eine wirtschaftliche Erholung anzeigt, wie sie ohne Kürzungspolitik in jeder entwickelten Volkswirtschaft üblich wäre. Die Ziele für den stetigen Primärüberschuss sind unmöglich und alle wissen es. Wenn ein möglicher Schuldenschnitt nach 2018 vom Erreichen dieser Ziele abhängig gemacht wird, ist das mehr als zynisch.“
Der deutsch-italienische Wirtschaftspolitiker weiter:
„Durch die Maßnahmen werden völkerrechtliche Prinzipien zur Garantie von Kollektivvereinbarungen beziehungsweise Tarifverträgen gebrochen. Die öffentliche Infrastruktur wird filetiert und zu Spottpreisen an private Investoren verramscht. Das Abschaffen von Kollektivverhandlungen, die Vereinfachung von Massenentlassungen und neue Rentenkürzungen im Umfang von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts - für viele Rentner und ihre Familien etwa 25 Prozent des Einkommens - schaffen keinen Aufschwung. Die Kommission hat bisher keine Abschätzung der sozialen Auswirkungen der neuen Kürzungen vorgelegt, obwohl diese eigentlich im Memorandum of Understanding vorgesehen war. Sie wird wissen, warum.
Griechenland braucht einen Schuldenschnitt und alle verfügbaren Mittel, um zu investieren. Griechische Staatsanleihen müssen wieder zur Refinanzierung bei der EZB zugelassen werden. Einen Aufschwung wird es nur mit dem Ende der Griechenland-Rettung beziehungsweise der Kürzungspolitik geben.“

Das Abenteuer hat begonnen!



Robby Clemens, der 2007 die Welt in knapp einem Jahr von West nach Ost zu Fuß durchquerte, ist gerade dabei, sich seinen Traum zu erfüllen:

Vom Nordpol zum Südpol zu Fuß!

Nach mehrjähriger Vorbereitung, Rückschlägen und Niederlagen, mit Unterstützung treuer Freunde und seiner Familie begann im Mai 2017 seine Tour, die ihn 25.000 km und zwei Jahre unterwegs sein lässt.

Am Anfang stand der Nordpolmarathon(etwa 9:40 h bei ca -40 °C), anschließend die Durchquerung Grönlands und nun ist er von Kanada kommend bereits in die USA gelaufen...

Irgendwo dort wartet schon Tom Hanks auf ihn -Forrest Gump im Doppelpack!

Alles Gute Robby, wir sind in Gedanken bei dir und drücken dir alle Daumen!!

Du schaffst das! Run Your Dreams!

Frank Weidauer"

Wer Robby Clemens virtuell begleiten möchte, kann dies tun auf Facebook und im Blogg des Neuen Deutschland—hier die Links:

www.facebook.com/robbyclemens.official

www.neues-deutschland.de/rubrik/nordpolsuedpol/

Tullners Blendwerk - Minister kehrt seinen Schulen den Rücken

Zu der Ankündigung von Bildungsminister Marco Tullner, zum kommenden Schuljahr die Unterrichtsversorgung spürbar zu verbessern und erstmals seit Jahren wieder mehr Lehrer in die Schulen zu schicken, erklärt der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Thomas Lippmann:

„Mit der viel zu geringen Zahl von nur 350 Neueinstellungen zum neuen Schuljahr wird der Minister sein Versprechen einer Verbesserung der Unterrichtssituation an den allgemeinbildenden Schulen im Lande nicht erfüllen und letztlich wie der Kaiser mit seinen neuen Kleidern dastehen, die nichts als eingebildetes Blendwerk waren.

Bereits im letzten Schuljahr war die Schülerzahl um etwa 2.500 Schüler gestiegen, ohne dass sich die Zahl der Lehrkräfte im Unterricht erhöht hat. Das hat zu einem Absinken der Unterrichtsversorgung von vorher 100,9 Prozent auf nur noch 99,5 Prozent geführt.

Das gleiche Szenario ist für das kommende Schuljahr vorgezeichnet. Erneut ist mit einem Schüleraufwuchs von 2.500 Mehrschülern zu rechnen und erneut wird die Zahl der Lehrkräfte im Unterricht nicht steigen. Denn weiterhin scheiden mehr Lehrkräfte aus dem Schuldienst aus oder stehen zumindest vorrübergehend nicht zur Verfügung, als durch die geplanten Neueinstellungen ersetzt werden. Selbst durch den radikalen Zugriff auf die in Ausbildung befindlichen Referendare wird dieser Aderlass nicht kompensiert werden.

Das reale Arbeitsvermögen in den Schulen wird somit im kommenden Schuljahr voraussichtlich den niedrigsten Wert seit dem Bestehen des Landes erreichen, was die tatsächliche Unterrichtsversorgung unter die Marke von 97 Prozent drücken wird. Das wird zu noch mehr Unterrichtsausfall und tageweisen Schulschließungen führen. Von einem Stopp beim weiteren Bildungsabbau in unseren Schulen kann also nach wie vor keine Rede sein. Im Gegenteil, das Gerede von Effizienzsteigerung, Arbeitszeitverlängerung und Mehrarbeit zeigt, dass die Landesregierung den Unterricht mit immer weniger Leuten organisieren will und sich gar nicht bemüht, den Lehrereinsatz in den Schulen zu erhöhen.

Die Leistung des Ministers besteht also keineswegs darin, die Situation in den Schulen zu verbessern. Er wird den fortschreitenden Lehrermangel nicht bekämpfen. Vielmehr konzentriert er sich mit seinen Mitarbeitern darauf, den Mangel zu vertuschen, die Unterrichtsversorgung in der Öffentlichkeit schönzurechnen und sich hinter den Vorgaben des Landeshaushaltes, dem er selbst zugestimmt hat, zu verstecken.

Die vom Bildungsministerium präsentierten Zahlen über die geplanten Neueinstellungen, die im Personalbestand geführten Lehrkräfte und die rein rechnerische Unterrichtsversorgung haben für die Arbeit in den Schulen keinerlei Bedeutung. Sie werden gezielt ausgewählt, während weitere zentrale Angaben bewusst verschwiegen werden, um die Öffentlichkeit über die wahre Situation in den Schulen und die Untätigkeit des Ministeriums zu täuschen. Sachsen-Anhalt hatte noch nie einen Schulminister, der sich weniger ambitioniert für seine Schulen eingesetzt und ihnen derart den Rücken zugekehrt hat.“

Für wirksamen Mieterschutz

Die Angst, die Wohnung zu verlieren, geht in den Städten um. Was vor einigen Jahren noch die Ausnahme war, ist jetzt vielerorts Realität: Investoren haben das »Betongold« entdeckt und kaufen ganze Straßenzüge auf; deswegen zittern viele vor Mieterhöhungen oder Sanierungen. Mieterinnen und Mieter »stören« häufig bei der teuren Weitervermietung oder bei der Umwandlung in Eigentumswohnungen.

Die Chance, eine neue bezahlbare Wohnung zu finden, wird immer geringer. Die Mieten stiegen in wenigen Jahren um 30, 40, teilweise sogar um bis zu 50 Prozent. Menschen mit geringem Einkommen, selbst Durchschnittsverdienern bleibt oft nur noch der Stadtrand.

Gebaut wird eine ganze Menge, aber fast nur Eigentumswohnungen. Oder Wohnungen, deren Mietpreise sich keiner mehr leisten kann.

Die Regierung schaute jahrelang tatenlos zu. Die von ihr beschlossene Mietpreisbremse funktioniert nicht. Da Vermieter keine Strafen fürchten müssen, wird sie einfach ignoriert. Der soziale Wohnungsbau kommt nicht in Schwung. CDU/CSU und SPD tragen eine Mitschuld, dass Wohnen wieder zu einer wichtigen sozialen Frage geworden ist.

Die Fraktion DIE LINKE lässt ihnen das nicht durchgehen. **Wir brauchen wirksame Mieterschutzgesetze und den Neustart im sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau!**

Caren Lay ist stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE

Das Geschäft mit dem Tod "Made in Germany" boomt

Von Katja Kipping

Das Bundeskabinett hat den aktuellen Rüstungsexportbericht verabschiedet. Gegenüber dem Rekordjahr 2015 sind die Rüstungsexporte im Jahr 2016 laut Medienberichten mit insgesamt 6,8 Milliarden Euro leicht zurückgegangen. Über die Hälfte davon gingen in Länder außerhalb der EU und Nato. Der Export von Kriegswaffen ist jedoch um rund eine Milliarde Euro auf 2,5 Milliarden gestiegen. Außerdem gehen die Kriegswaffen fast ausschließlich an Drittländer, darunter Katar mit Exporten im Wert von 790,5 Millionen Euro und an Algerien im Wert von 887,6 Millionen Euro. Auch der Export von Kleinwaffen ist angestiegen. Dazu erklärt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:

Das Geschäft mit dem Tod "Made in Germany" boomt. Auch im Umgang mit islamischen Autokratien, mutmaßlichen Terrorunterstützern und Kriegsparteien gehen Profite offensichtlich vor Menschenleben, Menschenrechte und Demokratie. Wer undemokratische Regime in aller Welt bis an die Zähne bewaffnet, der braucht wahrlich nicht von der Bekämpfung von Fluchtursachen und Terrorismus sprechen.

Nach dem Rekordjahr 2015 stellt die Bundesregierung auch 2016 erneut einen traurigen Rekord beim Geschäft mit dem Tod auf: Der Export von Kriegswaffen ist um rund eine Milliarde gestiegen.

Außerdem gehen die Panzer, Maschinengewehre und andere Kriegswaffen fast ausschließlich an sogenannte Drittländer. Katar, dem immer wieder die Unterstützung von Terrorismus vorgeworfen wird, erhält Kriegswaffen "Made in Germany" im Wert von fast 800 Millionen. Algerien, ein Land mit zumindest schwieriger Menschenrechtslage, kauft Kriegswaffen im Wert von fast 900 Millionen Euro. Das ist das Gegenteil einer verantwortungsvollen Außenpolitik und eine Bankrotterklärung für Frieden und Menschenrechte.

DIE LINKE wird sich im Wahlkampf entschieden für Abrüstung und das Verbot von Waffenexporten einsetzen.

Weltflüchtlingstag: Humanitäre Katastrophe an den Grenzen Europas besteht fort

Weiterhin ertrinken tausende Menschen im Mittelmeer und Flüchtlingscamps werden Ausdruck von Verbrechen und Menschenverachtung. Es fehlen Einreisegesetze der europäischen Staaten, die wirkliche Bekämpfung der Fluchtursachen und ein verantwortungsvoller Umgang mit den Geflüchteten in unserem Land. Angesichts des bevorstehenden Weltflüchtlingstages am 20. Juni erklärt die Migrationspolitische Sprecherin Henriette Quade:

„Der Rückgang der Zahlen von Geflüchteten in unserem Land täuscht darüber hinweg, dass die humanitäre Katastrophe an den Grenzen Europas unentwegt fortbesteht. Weiterhin ertrinken tausende Menschen im Mittelmeer, verschlimmern sich die Zustände in den nordafrikanischen Flüchtlingscamps, die teilweise nur noch von Verbrechen, Menschenverachtung und unvorstellbarem Leid geprägt sind. Innerhalb der europäischen Staaten ist die Aufgabe der Flüchtlingsversorgung extrem ungleich verteilt. Insbesondere Griechenland und Italien bräuchten dringend unsere Solidarität; allem voran die Abkehr von der unsinnigen Dublin-Verordnung. Ein unerträglicher Skandal sind für uns die Zustände in Ungarn; hier werden die schutzsuchenden Menschen inzwischen interniert. Sogar vor der Internierung von Kindern macht Ungarn keinen Halt.

Für meine Fraktion ist es angesichts dieser Tatsachen vollkommen unverständlich, warum unser Antrag, den entsprechenden UNHCR-Aufruf zu folgen und sogenannte Dublin-Überstellungen nach Ungarn auszusetzen, von den anderen Fraktionen durch zeitliche Verzögerung torpediert wird. Die gleiche Erfahrung mussten wir schon bei einem anderen Antrag machen, in dem es um die Aussetzung der Abschiebungen nach Afghanistan ging. Dieser Antrag wurde im Ausschuss monatelang vertagt. Ironischerweise haben die Regierungsfaktionen ausgerechnet jetzt einen windelweichen Beschluss dazu gefasst, der hinter dem Ist-Stand der Bundespolitik zurücksteht.

Neben einem verantwortlichen Umgang mit den Geflüchteten im eigenen Land bräuchten wir dringend legale Einreisemöglichkeiten nach Europa. Deutschland sollte als reichstes Land mit gutem Beispiel vorangehen. Und schließlich müssen die viel erwähnten Fluchtursachen tatsächlich bekämpft werden. Das schließt einen Stopp von Waffenexporten ebenso ein wie faire Handelsbeziehungen mit den ärmsten Ländern dieser Welt.“

Termine:

DIE LINKE.

Tag	Datum	Beschreibung	Uhrzeit	Ort
DI	11.7.	Vorstandssitzung BO Naumburg	19.00 Uhr	Salzstraße 38, Naumburg
Di	11.7.	Stammtisch DIE LINKE Naumburg	20.00 Uhr	Klimkes Kneipe, Naumburg
Mi	12.7.	REDAKTION SUE-Kurier	9.00 Uhr	Neumarkt 12, Zeitz
Di	25.7.	Vorstandssitzung BO Naumburg	19.00 Uhr	Salzstraße 38, Naumburg
Di	25.7.	Stammtisch DIE LINKE Naumburg	20.00 Uhr	Klimkes Kneipe, Naumburg
Di	8.8.	Sitzung Fraktion DIE LINKE Stadtrat Weißenfels	17.00 Uhr	Töpferdamm6, Weißenfels
Di	7.8.	Vorstandssitzung BO Naumburg	19.00 Uhr	Salzstraße 38, Naumburg
Di	7.8.	Stammtisch DIE LINKE Naumburg	20.00 Uhr	Klimkes Kneipe, Naumburg
Do	10.8.	**WAHLKAMPFAUFTAKT zur BUNDESTAGSWAHL ´17** **Aktion mit der Naumburger Sraßenbahn**	13.00 Uhr	Naumburg—Ringstraßenbahn—alle Haltestellen
Mi	16.8.	Wahlkampftag mit Dietmar Bartsch	ganztägig	im BLK
Di	22.8.	Vorstandssitzung BO Naumburg	19.00 Uhr	Salzstraße 38, Naumburg
Di	22.8.	Stammtisch DIE LINKE Naumburg	20.00 Uhr	Klimkes Kneipe, Naumburg
Do	24.8.	Kreisvorstand DIE LINKE Burgenlandkreis	18.00 Uhr	Salzstrasse 38, Naumburg
Sa	2.9.	SOMMERFEST DIE LINKE—WEISSENFELS	11.00 Uhr	Weißenfels/Stadtbalkon Bootsverleih
Do	7.9.	Beratung mit den BO-Vorsitzenden und dem Kreisvorstand	16.00 Uhr	Neumarkt 12, Zeitz

Grundlage aller terminlichen Verabredungen ist der Wahlkampfkalender des Kreisverbandes Burgenlandkreis—die hier aufgeführten Termine erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit oder Verbindlichkeit!

Komm zum Fest der LINKEN im Burgenlandkreis am 02. 09. nach Weißenfels am Bootsverleih

Wir gratulieren recht herzlich allen Jubilaren, die im <u>Juli und August</u> ihren Ehrentag feiern.

Wir wünschen Euch alles Gute, eine schöne Feier im Kreise der Familie, der Freunde und Bekannten. Für die Zukunft wünschen wir viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Der Kreisverband DIE LINKE. im Burgenlandkreis und die Redaktion des S-U-E-Kurier

<u>Zur Beachtung!</u> Die Entnahme, weitere Verwendung bzw. Nutzung von Artikeln aus dieser Mitgliederzeitung bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Genehmigung der Redaktion, des Autors oder des Kreisvorsitzenden.